



Niederschrift

2. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.09.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:13 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Uwe Adler	SPD
Herr Leon Troche	SPD
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Tina Lange	DIE LINKE
Herr Matthias Finken	CDU
Frau Dr. Anja Laabs	DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	bis 20:00 Uhr
-----------------------------	---------------	---------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Daniel Friese	AfD
--------------------	-----

sachkundige Einwohner

Frau Sophie Haebel	Bü90/Die Grünen
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Frau Elke Lentz	SPD
Herr Klaus Rietz	Bürgerbündnis
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Herr Oloff Lange
Herr Fionn Pötzsch

Beirat für Menschen
mit Behinderung
Fridays for Future
Potsdam

Beigeordneter

Herr Bernd Rubelt BGO f. d. GB 4

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams CDU entschuldigt
Herr Dr. Matthias Kretschmer Fraktion der Freien entschuldigt
Demokraten

Gäste

Herr Dr. Jörg Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) zu TOP 3.3, 3.5, 3.6, 3.7,
3.8
Herr Harald Kümmel (Planungsbüro) zu TOP 3.3
Herr Erik Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) zu TOP 3.4
Herr Dr. Guido Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung) zu
TOP 3.9
Herr Thomas Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) zu TOP 3.10
Herr Thomas Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 3.11,
3.12, 3.15, 3.16, 3.18, 4.1
Herr Philipp Bunzel Rederecht (Anwohner) zu TOP 3.14
Herr Jöllenbeck (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) zu TOP 3.11
Frau Elke Kolesnyk (Bereich Umwelt und Natur) zu TOP 3.13
Herr Reik Becker (Bereich Verkehr und Technik) zu TOP 3.14, 3.17

Schriftführer/in:

Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.8.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Sitzungskalender 2020
Vorlage: 19/SVV/0921
Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und OBR
- 3.2 Mehr gelb für Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0698
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
(Rücküberweisung + ÄA DIE aNDERE)
- 3.3 Priorität für Verkehrskonzept
Vorlage: 19/SVV/0640
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
SBWL, KUM, HA, alle OBR
- 3.4 Ungenutzte Flächen mit Potenzial für eine Wohnbebauung
Vorlage: 19/SVV/0703
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
SBWL, KUM, alle OBR
- 3.5 Anbindung des Bahnhofs Potsdam Park Sanssouci verbessern
Vorlage: 19/SVV/0732
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
KUM, OBRe Eiche, Golm, GG
- 3.6 Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide - Kirschallee und Campus Jungferensee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen
Vorlage: 19/SVV/0748
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, OBRe Eiche, Golm, GG
- 3.7 Institut für Agrartechnik und Bioökonomie Bornim (ATB) ohne Umwege direkt an den Hauptbahnhof anbinden
Vorlage: 19/SVV/0750
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, OBRe Eiche, Golm, GG
- 3.8 Freie Fahrt im ÖPNV für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr
Vorlage: 19/SVV/0846
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KUM
- 3.9 Lebensmittelverschwendung verringern
Vorlage: 19/SVV/0847
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
GSWI, KUM, HA
- 3.10 Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal Düstere Teiche
Vorlage: 19/SVV/0848
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KUM
- 3.11 Bäume im Volkspark nachpflanzen
Vorlage: 19/SVV/0849
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
KUM

- 3.12 Baumschadensbericht
Vorlage: 19/SVV/0867
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke
Ea Fraktion DIE aNDERE
KUM
- 3.13 Messstationen zur Erfassung der Luftqualität und Schallemissionen entlang der
Nutheschnellstraße
Vorlage: 19/SVV/0906
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
KUM
- 3.14 Fußgängerampel in der Großbeerenstraße
Vorlage: 19/SVV/0910
Einreicher: Fraktion CDU
KUM
- 3.15 Durchwegung des Quartiers zwischen Kirschallee und Habichtweg
Vorlage: 19/SVV/0912
Einreicher: Fraktion CDU
KUM
- 3.16 Fußweg entlang der Straße Viereckremise
Vorlage: 19/SVV/0913
Einreicher: Fraktion CDU
KUM
- 3.17 Ampelschaltung entlang der Nedlitzer Straße
Vorlage: 19/SVV/0915
Einreicher: Fraktion CDU
KUM
- 3.18 Tempo 30 auf der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg
Vorlage: 19/SVV/0922
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
KUM
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE zur MV "Kinderarbeitsfreie Grabsteine"
DS 19/SVV/0880 (Nachfrage aus der StVV 11.9.2019 zur Vereinbarung
zwischen Steinmetzen und der LHP)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2

**Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 29.8.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der konstituierenden Sitzung vom 29.8.2019 ergeht der Hinweis, dass Frau Dr. Klockow im Urlaub war und es versäumt wurde, sie für die Sitzung zu entschuldigen – in der Niederschrift bleibt sie aus systemtechnischen Gründen als „nicht entschuldigt“ verzeichnet.

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht. Sie wird mit 8:0:1 bestätigt.

(Es erfolgt eine kurze Vorstellungsrunde der Mitglieder sowie ein Statement des Vertreters für Fridays for Future Potsdam (FFF) durch Herrn Pötzsch.

Der Vorsitzende erklärt, dass der jeweilige Vertreter von FFF ein aktives Teilnahmerecht besitzt, er hat Rederecht, darf Anträge stellen, besitzt jedoch kein Stimmrecht. Die Teilnahme an den Ausschusssitzungen ist nicht verpflichtend und kann themenabhängig gestaltet werden.)

Zur Tagesordnung ergehen die Bitten,

- die Tagesordnungspunkte (TOP) 3.2 „Mehr gelb für Potsdam“ und 3.18 „Tempo 30 auf der Karl-Liebnecht-Straße in Babelsberg“ zurückzustellen, da für den Einreicher niemand anwesend ist
- der TOP 3.5 „Anbindung des Bahnhofs Potsdam Park Sanssouci verbessern“ wird durch den Antragsteller (Fraktion der Freien Demokraten) zurückgezogen, er schließt sich stattdessen als weiterer (im Antrag noch aufzunehmender) Antragsteller der Drucksache 3.6 „Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide - Kirschallee und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an
- die TOPE 3.6 „Busverbindung zwischen den Tramhaltestellen Pirschheide – Kirschallee und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen“ und 3.7 „Institut für Agrartechnik und Bioökonomie Bornim (ATP) ohne Umwege direkt an den Hauptbahnhof anbinden“ werden zusammen behandelt
- der TOP 3.14 „Fußgängerampel in der Großbeerenstraße“ wird vorgezogen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Es liegt ein Antrag auf Rederecht vor: Herr Bunzel möchte als Anwohner zum TOP 3.14 „Fußgängerampel in der Großbeerenstraße“ sprechen.

Das Rederecht wird einstimmig gewährt.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.14 **Fußgängerampel in der Großbeerenstraße**

Vorlage: 19/SVV/0910

Einreicher: Fraktion CDU

KUM

Herr Bunzel nimmt sein Rederecht als Anwohner wahr. Er spricht nicht nur für sich, sondern für die gesamte Anliegerschaft, mit der er sich hierfür abgestimmt hat. Er weist auf den Ist-Zustand hin, der nicht ungefährlich sei. Eine Ampel ist an dieser Stelle unbedingt erforderlich, vor allem auch im Hinblick auf die anliegende Schule. Eine Abbildung zur Situation vor Ort wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Finken bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) informiert die Mitglieder, dass der Prüfauftrag durch die Verwaltung angenommen wird. Für die Prüfung einschließlich notwendiger Verkehrserhebungen und fachlicher Abstimmungen sind jedoch mindestens 3 Monate notwendig, sodass der Termin für die Vorlage der Ergebnisse auf das 1. Quartal 2020 geändert werden sollte.

Herr Berlin bittet in die Prüfung die Möglichkeit der Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h an dieser Stelle sowie die Fußgängerwegesituation einzubeziehen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob durch eine zusätzliche Fußgängerampel oder andere geeignete Maßnahmen in der Großbeerenstraße im Bereich der Gagarinstraße die Sicherheit vor allem für die Schulkinder und Fußgänger verbessert werden kann.

Das Ergebnis ist bis ~~Dezember~~ **im 1. Quartal 2020** im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.1 **Sitzungskalender 2020**

Vorlage: 19/SVV/0921

Einreicher: Stadtverordneter Heuer als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
alle Ausschüsse und OBR

Frau Dr. Klockow moniert die aufgestellten Sitzungstermine des Ausschusses für

Klima, Umwelt und Mobilität (KUM), die sich mit dem Ausschuss für Kultur (KA) überschneiden (19.3., 18.6., 19.11., 17.12.2020).

Der Sitzungskalender wird zurückgestellt und die vier monierten Termine des KUM-Ausschusses dem Büro der Stadtverordnetenversammlung zur Prüfung einer möglichen Verschiebung übergeben.

Der Sitzungskalender 2020 wird in der Sitzung des KUM-Ausschusses im Oktober wieder aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.2 Mehr gelb für Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0698
Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
(Rücküberweisung + ÄA DIE aNDERE)

Der Tagesordnungspunkt wird auf Bitte des Antragstellers bis zur Oktobersitzung zurückgestellt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 3.3 Priorität für Verkehrskonzept
Vorlage: 19/SVV/0640
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
SBWL, KUM, HA, alle OBR

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Dr. Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) erklärt, das in dem Antrag vorgebrachte Anliegen der Erstellung eines Verkehrskonzeptes, sei bereits Teil des Verwaltungshandelns. Die in dem Antrag genannten Forderungen einer Verkehrswirkungsanalyse wurden mit dem durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Masterplan erfüllt, der auch ein Mobilitätskonzept enthält. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Infrastrukturmaßnahmen aufgegriffen, mit welchen das zukünftige Verkehrsaufkommen abgewickelt werden soll. Auch für die zukünftige Verkehrsabwicklung in der westlichen Wachstumsregion von Berlin gab und gibt es Gespräche mit den benachbarten Kommunen sowie Ideen eines gemeinsamen Ansatzes für eine übergreifende Untersuchung.

Herr Kümmel (Planungsbüro) informiert weiter, dass die maßgeblichen Veränderungen gegenüber dem ehemaligen Stand im Detail mit der gemeinsamen Landesplanung und den entsprechenden Abteilungen der Ministerien abzustimmen sind. Dieser Prozess läuft begleitend und steht kurz vor dem Abschluss. Er rät dringend von einem Anhalten der Bebauungspläne ab, auch weil dadurch beträchtliche Fördermittel, beispielsweise in Zusammenhang mit dem Wärmenetz der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) oder der ersten Grundschule, in Gefahr wären. Mehr Planung sei an dieser Stelle richtig, und nicht weniger. Der erste Satz des Antrages dürfe nicht Beschlusslage werden.

Herr Rubelt bekräftigt die Ausführungen von Herrn Kümmel und bittet nochmals eindringlich, den ersten Satz des Antrages abzuändern.

Frau Lange sieht den Antrag noch nicht als durch Verwaltungshandeln erledigt. Sie verweist auf die geändert beschlossene Fassung aus dem Ortsbeirat Fahrland und wirbt für dessen Aufnahme in die hiesige Abstimmung.

„Änderungen der Flächennutzungspläne für Krampnitz und sämtliche, **vorrangig der Wohnbebauung dienenden** Bebauungspläne für das Krampnitzareal sollen solange zurückgestellt werden bis ein tragfähiges Verkehrskonzept für die Region erstellt wurde. Außerdem soll ergänzend durchgeführt werden:

- Verkehrsauswirkungsanalyse
- Ein belastbares Konzept für die individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung im Raum Potsdam- Berlin-Spandau
- Sowie eine detaillierte Prognoseuntersuchung über Luftschadstoff- und Lärmauswirkungen auf der Basis eines Bevölkerungszuwachses von 10.000 statt der bisher im Bericht vom Juni 2015 zugrunde gelegten 3.800 Einwohner

Weiterhin sind für die vorgenannten Punkte die maximalen Grenzen des Bevölkerungszuwachses für Krampnitz in Abhängigkeit der verschiedenen Verkehrskonzepte (mit und ohne TRAM z.B.) zu untersuchen und aufzuzeigen.“

Frau Dr. Klockow hält das bestehende Mobilitätskonzept für nicht weitreichend genug. Ein Konzept der Verkehrsströme von und nach Berlin stehe noch aus. Es fehlten Angebote, die über Krampnitz hinausgehen.

Herr Rubelt erinnert, dass noch nicht alle Untersuchungen abgeschlossen sind und die Verkehrsanalyse weiterentwickelt wird. Ein Planungsstopp ist hier nicht zielführend.

Herr Adler stellt den Änderungsantrag, den ersten Satz des Antrages wie folgt zu ändern:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich für ein tragfähiges Verkehrskonzept für die Region einzusetzen und entsprechende Gespräche mit den Nachbargemeinden zu führen.“

Herr Matz (Ortsvorsteher Fahrland) bringt die Ergänzung aus dem Ortsbeirat Fahrland ein, wonach am Ende des Beschlusstextes ergänzt werden soll:

„Weiterhin sind für die vorgenannten Punkte die maximalen Grenzen des Bevölkerungszuwachses für Krampnitz in Abhängigkeit der verschiedenen Verkehrskonzepte (z.B. mit und ohne Tram) zu untersuchen und aufzuzeigen.“

Zudem verweist er auf die abzusehenden Verkehrskosten, die das Wohnen in dem neuen Quartier nicht mehr für jeden bezahlbar machen. Er erkundigt sich, ob in dem Städtebaulichen Vertrag mit der Deutsche Wohnen festgehalten sei, das Mobilitätskonzept ab dem ersten Tag umzusetzen.

Frau Dr. Laabs weist darauf hin, dass der Antrag über die Grenzen der Landeshauptstadt Potsdam hinausgeht.

Herr Rubelt geht auf die Bedenken bezüglich der Kosten ein, über die zu einem späteren Zeitpunkt noch zu sprechen sei. Die Bedingungen des Städtebaulichen Vertrags habe er ad hoc nicht im Kopf.

Mit dem Land Berlin und den Nachbargemeinden stehe man im Dialog. Dies sei eine gemeinsame Aufgabe.

Herr Menzel (Stadtverordneter, BVB/Freie Wähler) beantragt Rederecht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Herr Menzel informiert, Akteneinsicht bei Herrn Kümmel genommen zu haben. Die von ihm eingesehenen Unterlagen seien sehr alt gewesen und der enthaltene Bescheid seiner Ansicht nach schwebend unwirksam.

Herr Kümmel geht auf die vorgebrachten Bedenken von Herrn Menzel ein und klärt diese auf.

Der Vorsitzende weist auf die Beschlüsse der Ortsbeiräte hin, die bis auf Fahrland (sh. geänderte Fassung oben) den Antrag ungeändert zur Beschlussfassung empfohlen haben. Der Ortsbeirat Eiche befasst sich zeitgleich zu diesem Ausschuss mit der Drucksache.

Der Vorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Adler, den ersten Satz des Antrages wie folgt zu ändern, zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich für ein tragfähiges Verkehrskonzept für die Region einzusetzen und entsprechende Gespräche mit den Nachbargemeinden zu führen.

Abstimmungsergebnis: mit 4:1:4 angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag aus dem Ortsbeirat Fahrland zur Abstimmung:

Am Ende ist zu ergänzen:

Weiterhin sind für die vorgenannten Punkte die maximalen Grenzen des Bevölkerungszuwachses für Kramnitz in Abhängigkeit der verschiedenen Verkehrskonzepte (z.B. mit und ohne Tram) zu untersuchen und aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

~~Änderungen der Flächennutzungspläne für Krampnitz und sämtliche Bebauungspläne für das Krampnitzareal sollen solange zurückgestellt werden bis ein tragfähiges Verkehrskonzept für die Region erstellt wurde~~**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich für ein tragfähiges Verkehrskonzept für die Region einzusetzen und entsprechende Gespräche mit den Nachbargemeinden zu führen.** Außerdem soll ergänzend durchgeführt werden:

- Verkehrsauswirkungsanalyse
- Ein belastbares Konzept für die individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung im Raum Potsdam- Berlin-Spandau
- Sowie eine detaillierte Prognoseuntersuchung über Luftschadstoff- und Lärmauswirkungen auf der Basis eines Bevölkerungszuwachses von 10.000 statt der bisher im Bericht vom Juni 2015 zugrunde gelegten 3.800 Einwohner

Weiterhin sind für die vorgenannten Punkte die maximalen Grenzen des Bevölkerungszuwachses für Krampnitz in Abhängigkeit der verschiedenen Verkehrskonzepte (z.B. mit und ohne Tram) zu untersuchen und aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.4 **Ungenutzte Flächen mit Potenzial für eine Wohnbebauung**

Vorlage: 19/SVV/0703

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
SBWL, KUM, alle OBR

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er ändert den Antrag wie folgt:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **darzulegen, welche die Voraussetzungen zu geschaffen, die erfüllt werden müssten, um ungenutzte Flächen mit Potenzial für Wohnungen zu bebauen.** Flächen wurden bereits laut Mitteilungsvorlage 12/SVV/0337 „Reserven für Bauflächen“ ermittelt.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) stellt die Mitteilungsvorlage (DS 12/SVV/0337), auf die in dem Antrag Bezug genommen wird, nochmals vor. Die realisierbaren Flächen sind bereits in der Analyse der Wohnungsbaupotentiale enthalten. Sie werden mit der Fortschreibung der Potentiale aktualisiert. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herrn Rietz reichen die Betrachtungen aus der Mitteilungsvorlage nicht aus.

Herr Wolfram erläutert den immensen Aufwand, die Forderungen aus dem Antrag nachzureichen.

Herr Berlin plädiert dafür, die Festlegungen der Verwaltung so zu akzeptieren, wie sie vorliegen. Dem Antrag sollte nicht entsprochen werden.

Dieser Empfehlung schließt sich Frau Dr. Laabs an.

Herr Finken gibt zu bedenken, dass es zu überlegen sein wird, wo Flächen für künftige Bedarfe hergenommen werden. Daher sollten Flächen, die gegebenenfalls möglich sind, bereits jetzt in die Überlegungen aufgenommen werden.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **darzulegen, welche die Voraussetzungen zu geschaffen, die erfüllt werden müssten**, um ungenutzte Flächen mit Potenzial für Wohnungen zu bebauen. Flächen wurden bereits laut Mitteilungsvorlage 12/SVV/0337 „Reserven für Bauflächen“ ermittelt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	8
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.5 Anbindung des Bahnhofs Potsdam Park Sanssouci verbessern

Vorlage: 19/SVV/0732

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten
KUM, OBRe Eiche, Golm, GG

Der Antrag wird durch den Antragsteller zurückgezogen, da die Forderung in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen „Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide - Kirschallee und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen“ (DS 19/SVV/0748) aufgeht. Die Fraktion der Freien Demokraten schließt sich dem Antrag DS 19/SVV/0748 als weiterer Antragsteller an. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.6 Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide - Kirschallee und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen

Vorlage: 19/SVV/0748

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
KUM, OBRe Eiche, Golm, GG

Die Tagesordnungspunkte 3.6 und 3.7 werden gemeinsam behandelt (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

Herr Walter bringt die neue Fassung des Antrages DS 19/SVV/0748 vom 23.9.2019 ein und erläutert sie.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans die Einrichtung einer durchgehenden Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci und die Tramendhaltestelle Kirschallee zu prüfen.

- Kern dieser neuen Linie sollte die Busverbindung von der Tramendhaltestelle Kirschallee über die Amundsenstraße und Am Neuen Palais zum Bahnhof Park Sanssouci sein.
- Die Linie 695 könnte im Gegenzug um den Streckenabschnitt von der Tramendhaltestelle Pirschheide bis zum Bahnhof Park Sanssouci gekürzt werden.
- Geprüft werden soll dabei auch, ob diese neue Busverbindung nach Norden hin zur Tramendhaltestelle Campus Jungfernsee über die Kirschallee geführt werden kann, um dieses Wohngebiet besser an den ÖPNV anzubinden.

Geprüft werden soll, ob und wie diese Variante sinnvoll mit der von den Ortsbeiräten Golm und Eiche gewünschten Ringbuslinie kombiniert werden könnte.“

Herr Walter bringt die neue Fassung des Antrages DS 19/SVV/0750 vom 23.9.2019 ein und erläutert sie.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans zu prüfen, wie das Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie (ATB) in Bornim umstiegsfrei an einen der Potsdamer Regionalbahnhöfe angebunden werden kann.

Dabei sollen insbesondere folgende Optionen geprüft werden:

- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Golm**
 - z.B. durch Integration in die von den Ortsbeiräten Golm und Eiche gewünschte Ringbusverbindung;
 - durch geänderte Linienführungen der Linien 698 (Kirschallee – Campus Jungfernsee), 692 (Klinikum – Institut für Agrartechnik), 612 (Kirschallee - Bhf Golm/Universität);
- **Direkte Anbindung an den Hauptbahnhof**
 - ohne Umwege z.B. über die Breite Straße, die Schopenhauerstraße und die Bornstedter Straße zur Tramendhaltestelle Kirschallee und dann wie bisher über die Potsdamer Straße und die Rückertstraße. Die Linie 692 könnte dann entsprechend um den Streckenabschnitt von der Kirschallee bis zum ATB verkürzt werden;
- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Sanssouci**
 - über einen Lückenschluss über die Amundsenstraße.“

Herr Dr. Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt zu beiden Anträgen wie folgt Stellung: Die Anträge DS 19/SVV/0748 „Busverbindung zwischen den Tramhaltestellen Pirschheide – Kirschallee und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci schaffen“ und DS 19/SVV/0750 „Anbindung Institut für

Agrartechnik“ stehen im Zusammenhang. Beide Anträge zielen auf eine Veränderung des Busangebots im Westen Potsdams ab und sollten daher gemeinsam behandelt werden. Für eine Umsetzung beider Anträge sind zunächst die finanziellen Auswirkungen für die angestrebten Zusatzleistungen zu ermitteln. Grundsätzlich sollten neue Linien immer im gesamtstädtischen Kontext vorgeschlagen und untersucht werden. Die isolierte Betrachtung einzelner (größerer) Maßnahmen sollte im Interesse aller vermieden werden.

Im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Landeshauptstadt Potsdam wird daher eine Maßnahme lauten: „Erstellung eines Buskonzeptes zur Behebung der Erschließungslücke Bornstedter Feld/Bornstedter Ortslage und zur Schaffung neuer Verbindungen zwischen Golm/Eiche/Potsdam West und Bornstedt“. In diese Untersuchung kann auch die in den Anträgen geforderte Verbindung einfließen.

Eine Umsetzung könnte aufgrund der notwendigen Vorlaufzeit frühestens zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 erfolgen.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages DS 19/SVV/0748 zur Abstimmung, bei der als weiterer Antragsteller die Fraktion der Freien Demokraten aufgenommen wird (sh. Abstimmung zur Tagesordnung).

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans die Einrichtung einer durchgehenden Busverbindung zwischen den Tramendhaltestellen Pirschheide und Campus Jungfernsee über den Bahnhof Park Sanssouci und die Tramendhaltestelle Kirschallee zu prüfen.

- **Kern dieser neuen Linie sollte die Busverbindung von der Tramendhaltestelle Kirschallee über die Amundsenstraße und Am Neuen Palais zum Bahnhof Park Sanssouci sein.**
- **Die Linie 695 könnte im Gegenzug um den Streckenabschnitt von der Tramendhaltestelle Pirschheide bis zum Bahnhof Park Sanssouci gekürzt werden.**
- **Geprüft werden soll dabei auch, ob diese neue Busverbindung nach Norden hin zur Tramendhaltestelle Campus Jungfernsee über die Kirschallee geführt werden kann, um dieses Wohngebiet besser an den ÖPNV anzubinden.**

Geprüft werden soll, ob und wie diese Variante sinnvoll mit der von den Ortsbeiräten Golm und Eiche gewünschten Ringbuslinie kombiniert werden könnte.

Als weiterer Antragsteller wird die Fraktion der Freien Demokraten aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.7 Institut für Agrartechnik und Bioökonomie Bornim (ATB) ohne Umwege direkt an den Hauptbahnhof anbinden

Vorlage: 19/SVV/0750

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

KUM, OBRe Eiche, Golm, GG

(Einbringung und Stellungnahme der Verwaltung siehe Tagesordnungspunkt 3.6.)

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages DS 19/SVV/0750 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans zu prüfen, wie das Leibniz-Institut für Agrartechnik und Bioökonomie (ATB) in Bornim umstiegsfrei an einen der Potsdamer Regionalbahnhöfe angebunden werden kann.

Dabei sollen insbesondere folgende Optionen geprüft werden:

- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Golm**
 - z.B. durch Integration in die von den Ortsbeiräten Golm und Eiche gewünschte Ringbusverbindung;
 - durch geänderte Linienführungen der Linien 698 (Kirschallee – Campus Jungfernsee), 692 (Klinikum – Institut für Agrartechnik), 612 (Kirschallee - Bhf Golm/Universität);
- **Direkte Anbindung an den Hauptbahnhof**
 - ohne Umwege z.B. über die Breite Straße, die Schopenhauerstraße und die Bornstedter Straße zur Tramendhaltestelle Kirschallee und dann wie bisher über die Potsdamer Straße und die Rückertstraße. Die Linie 692 könnte dann entsprechend um den Streckenabschnitt von der Kirschallee bis zum ATB verkürzt werden;
- **Direkte Anbindung an den Bahnhof Sanssouci**
 - über einen Lückenschluss über die Amundsenstraße.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

Hinweis zum Ergänzungsantrag von Herrn Menzel (Stadtverordneter BVB/ Freie Wähler) v. 28.8.2019:

Die Abstimmung des Ergänzungsantrages wurde durch den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) nicht vorgenommen. Nachdem der Tagesordnungspunkt bereits geschlossen war, konnte eine Abstimmung in der Sitzung nicht nachgeholt werden. Es wird vorgeschlagen, den Ergänzungsantrag stellvertretend in der Stadtverordnetenversammlung abstimmen zu lassen, um

das Versäumnis zu heilen. Gegebenenfalls ist eine Rücküberweisung in den KUM-Ausschuss vorzunehmen.

zu 3.8 Freie Fahrt im ÖPNV für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

Vorlage: 19/SVV/0846

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

KUM

Herr Berlin bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Dr. Leben (Bereich Verkehrsentwicklung) erklärt für die Verwaltung, dass das Anliegen grundsätzlich unterstützt wird und es in Teilen bereits die gelebte Praxis darstellt. Er empfiehlt die Behandlung in der AG Bürgerticket, um eine Betrachtung der finanziellen Auswirkungen und einen Abgleich mit ähnlich lautenden Anträgen zu gewährleisten.

Die AG Bürgerticket wurde auf der Grundlage der Beschlüsse DS 17/SVV/0612 und DS 17/SVV/826 ins Leben gerufen, um sich im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung mit Themen der zukünftigen Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu beschäftigen. Das nächste Treffen findet im Oktober statt.

Herr Adler bittet um Erweiterung des Antrages um weitere ehrenamtlich Tätige (z.B. des Technischen Hilfswerks u.a.).

Frau Dr. Laabs regt an, grundsätzlich über einen kostenlosen ÖPNV nachzudenken, um hier eine gerechte Lösung zu schaffen.

Herr Wilke befürwortet die Einführung eines Ehrenamtsausweises, der dann auch zur kostenlosen Nutzung des ÖPNV berechtigt. Damit wären alle ehrenamtlich Tätigen erfasst.

Herr Berlin geht mit allen unterbreiteten Vorschlägen mit und bittet um entsprechende Prüfung in der AG Bürgerticket.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung und Prüfung durch die AG Bürgerticket entsprechend der vorgebrachten Vorschläge zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

Der Antrag DS 19/SVV/0846 wird bis nach der Behandlung in der AG Bürgerticket zurückgestellt.

zu 3.9 **Lebensmittelverschwendung verringern**

Vorlage: 19/SVV/0847

Einreicher: Fraktion DIE LINKE (In der neuen Fassung sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen Mit Antragsteller)

GSWI, KUM, HA

Frau Lange bringt die neue Fassung des Antrages vom 5.9.2019 ein und begründet sie.

„Der Oberbürgermeister wird gebeten, Wege aufzuzeichnen, wie der Verschwendung von Lebensmitteln Einhalt geboten werden kann. Dabei sollen Lösungen gefunden werden, damit auch Lebensmittel mit Mängeln noch in der Ernährungskette verbleiben.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Akteur*innen aus der Lebensmittelbranche (Gastronomie, Einzelhandel, Interessenvertreter*innen) und Akteur*innen der Lebensmittelrettung (Tafel, Foodsharing etc.) sowie weitere Interessierte zu einem Netzwerk einzuladen, um in einem ersten Schritt den Ist-Stand der Lebensmittelvernichtung und der Lebensmittelrettung in Potsdam zu quantifizieren. Daraus sollen dann weitere Schritte und Ideen entwickelt werden, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung im **Dezember** 2019 zu berichten.“

Herr Dr. Schielke (Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachung) bestätigt die Umsetzbarkeit des Antrages. Er weist jedoch auch darauf hin, dass Lebensmittelverschwendung zum Großteil ein Thema für den Verbraucher ist und die Verwaltung immer nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten tätig werden kann.

Herr Walter spricht den Bundespreis „Zu gut für die Tonne!“ an, mit dem das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in 2020 bereits zum fünften Mal herausragende Projekte auszeichnet, die dazu beitragen, Lebensmittelverschwendung zu reduzieren. Teilnehmen können Unternehmen, Verbände, Vereine, Kommunen, Forschungseinrichtungen ebenso wie Einzelpersonen. Er erkundigt sich, ob das auch etwas für die Landeshauptstadt Potsdam wäre oder ob eine Bewerbung durch die Bürgerschaft zweckdienlicher sei.

Herr Dr. Schielke gibt an, dass eine entsprechende Bewerbung eher von der Bürgerschaft ausgehen sollte, da das Wirken der Verwaltung nur bedingt möglich ist.

Frau Lange weist darauf hin, dass der Bewerbungsschluss für 2020 bereits am 13. Oktober 2019 ist. Eine Eingabe für den kommenden Bundespreis sei daher etwas knapp aber für das darauffolgende Jahr hält sie eine Bewerbung für durchaus sinnvoll.

Der Vorsitzende stellt die neue Fassung des Antrages zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die neue Fassung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Wege aufzuzeichnen, wie der Verschwendung von Lebensmitteln Einhalt geboten werden kann. Dabei sollen Lösungen gefunden werden, damit auch Lebensmittel mit Mängeln noch in der Ernährungskette verbleiben.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, Akteur*innen aus der Lebensmittelbranche (Gastronomie, Einzelhandel, Interessenvertreter*innen) und Akteur*innen der Lebensmittelrettung (Tafel, Foodsharing etc.) sowie weitere Interessierte zu einem Netzwerk einzuladen, um in einem ersten Schritt den Ist-Stand der Lebensmittelvernichtung und der Lebensmittelrettung in Potsdam zu quantifizieren. Daraus sollen dann weitere Schritte und Ideen entwickelt werden, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.

Der Stadtverordnetenversammlung ist dazu in ihrer Sitzung im Dezember 2019 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.10 Renaturierungskonzept Flächennaturdenkmal Düstere Teiche

Vorlage: 19/SVV/0848

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

KUM

Herr Berlin bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) verweist auf die bestehende Richtlinie zur Gebietsbehandlung von 1998. Er schlägt vor, diese zu überarbeiten, anstelle der Fertigung eines neuen Renaturierungskonzeptes, was in diesem Fall nicht nötig und nicht sinnvoll wäre.

Herr Kuhlow unterteilt Prüfungen die langfristig angelegt sind, weil sie einen bestimmten Beobachtungszeitraum benötigen und Maßnahmen, die mit weniger Zeitaufwand kurzfristig zu überprüfen sind. Für die langfristig angelegten Prüfungen, zum Beispiel Zeitreihen zum Grundwasserspiegel, ist die im Antrag gesetzte Frist nicht einhaltbar. Eine realisierbare Frist hierfür wäre das 4. Quartal 2020.

Frau Dr. Laabs erkundigt sich, welche Maßnahmen kurzfristig möglich wären, also auch mit einem entsprechend geringen Zeitaufwand geprüft und zeitnah umgesetzt werden können.

Herr Kuhlow benennt als praktische kurzfristige Maßnahme Schilf-Behandlungszonen, dies sei zügig zu betrachten. Weitere weniger zeitaufwendige mögliche Betrachtungen sind in der Richtlinie enthalten, die dann auch kurzfristige Maßnahmen ermöglichen. Um einen ganzheitlichen und wirkungsvollen Effekt zu erzielen sind parallel dazu Langzeitbetrachtungen unerlässlich.

Herr Wilke weist darauf hin, dass eine Sanierung fundiert vorgenommen werden müsse. Die Landeshauptstadt Potsdam könnte für eine entsprechende Maßnahme Fördermittel beantragen. Er empfiehlt die Entnahme des Torfkörpers, wofür ein Zeitraum von 12 Monaten realistisch wäre.

Herr Adler regt an, dem Vorschlag von Herrn Wilke zu folgen und den Antrag entsprechend anzupassen.

Frau Haebel erkundigt sich bei der Verwaltung, ob sie diese Maßnahme als sinnvoll erachtet.

Herr Kuhlow mahnt hier zur Vorsicht. Vor einer solchen umfassenden Maßnahme müsste geprüft werden, welche (eventuell geschützten) Arten von diesem Vorgehen betroffen wären. Er empfiehlt weiterhin die Fortschreibung der bestehenden Richtlinie und die parallele Prüfung kurzfristiger Maßnahmen.

Frau Lange erkundigt sich, welche Auswirkungen die durch die Neubebauung im Umfeld der Düsternen Teiche zusätzlich vorgenommenen Versiegelungen haben.

Herr Kuhlow weist darauf hin, dass dies Teil der Prüfungen im Rahmen der Planungen dieser Bebauung waren. Entsprechende Beanstandungen sind ihm nicht bekannt.

Herr Berlin stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte. Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 2:4:2 abgelehnt. Die Debatte wird fortgesetzt.

Nach weiterer Diskussion und Modifizierung des Antrages stellt der Vorsitzende den wie folgt geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die Richtlinie zur Gebietsbehandlung von 1998 ein Renaturierungskonzept** für das Flächennaturdenkmal Düstere Teiche im Katharinenholz beim Ortsteil EicheBornim ~~erarbeiten~~**überarbeiten und fortschreiben** zu lassen.

Dabei ist insbesondere **die Prüfung** zu prüfen, welche **kurzfristiger** Maßnahmen zur Wiederherstellung des Großen Düsternen Teiches **auf der Basis der bestehenden Richtlinie durchzuführen** geeignet sein können.

Weiterhin ist zu prüfen, ob Mittel aus Kompensationsmaßnahmen für Baumaßnahmen und Versiegelungen durch Bauvorhaben in Potsdam für diese Maßnahme eingesetzt werden können.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im März 2020 dazu ein **Zwischenb**ericht

zu geben.

Die Anpassung der gesamten Richtlinie (inklusive der langfristigen Prüfungen) ist der Stadtverordnetenversammlung im 4. Quartal 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.11 Bäume im Volkspark nachpflanzen

Vorlage: 19/SVV/0849

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

KUM

Herr Wilke bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) informiert, dass die vorgenommenen Fällungen ausschließlich aufgrund der Verkehrssicherungspflicht vorgenommen worden sind. Für alle Fällungen liegt eine Genehmigung der Unteren Naturschutzbehörde vor.

Herr Jöllenneck (Entwicklungsträger Bornstedter Feld) führt weiter aus, dass im Volkspark grundsätzlich während der Pflanzperioden die abgängigen Standorte neu bepflanzt werden. In den Waldbereichen wird die Naturverjüngung gefördert. Einzelne Jungbäume mit besonderem Potential werden durch Freischneiden gezielt gefördert. In diesem Sinne ist auch die Genehmigung durch die Untere Naturschutzbehörde formuliert. Ersatzpflanzungen sind daher im Rahmen der hier in Rede stehenden Maßnahmen nicht notwendig.

Frau Lenz erkundigt sich nach Fällungen im Rahmen des Habitatschutzes für den Eichenheldbock innerhalb des Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Schutzgebietes.

Herr Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) informiert, dass es sich hierbei um die beantragte Freistellung von Eichen, die als Habitatbäume für den Eichenheldbock innerhalb des FFH-Schutzgebietes dienen, handelt. Der Entwicklungsträger Bornstedter Feld GmbH hatte entsprechend der Empfehlungen ihres Sachverständigen die Fällung von benachbarten Bäumen beantragt. Da vom Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (MLUL) ein Bewirtschaftungserlass für das FFH-Gebiet zum Schutz des Eichenheldbockes vorliegt, muss an dieser Stelle gehandelt werden. Für die beantragten Fällungen liegt noch kein Bescheid vor.

Herr Adler erkundigt sich, ob darüber nachgedacht wurde, die Bäume nur auszulichten statt zu fällen.

Im Nachgang zur Sitzung teilt Herr Jöllenneck mit, dass eine Auslichtung hier nicht zielführend sei, da die Bäume weiterwachsen und nach gewisser Zeit die

Habitatbäume des Heldbock-Käfers wieder verschatten würden.

Herr Kuhlow informiert, dass vonseiten der Verwaltung eine Auslichtung im Rahmen der Bearbeitung des Fällantrages mitgeprüft wird.

Auf weitere Nachfragen der Mitglieder gehen Herr Schenke, Herr Jöllenbeck sowie Herr Kuhlow ein.

Herr Berlin stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag zurückzustellen, um ihn nochmals in der Fraktion zu beraten.

Für den Geschäftsordnungsantrag sowie dagegen spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 3.12 **Baumschadensbericht**

Vorlage: 19/SVV/0867

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke

Ea Fraktion DIE aNDERE

KUM

Herr Walter bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) führt aus, dass die städtischen Bäume jährlich gutachterlich geprüft und bewertet werden. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Einzelgutachten nach denen die fachlich Verantwortlichen die notwendigen Baumpflegemaßnahmen ableiten. Diese sehr umfangreiche Datenbasis ist für die Jahre 2017-19 qualifiziert zu analysieren und auszuwerten. Die Untersuchungsergebnisse werden den Stadtverordneten im März 2020 als Baumschadensbericht mit Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Ziel ist:

- ein umfassendes und vergleichbares Schadensbild hinsichtlich der Arten, des Alters und der örtlichen Verteilung der Baumschäden und der künftig zu erwartenden Schadentwicklung,
- Handlungsempfehlungen zum Einsatz trockenresistenter Baumarten und deren Verfügbarkeit und Verwendung im Stadtraum und
- Auswirkungen auf die künftige Haushaltsplanung

darzustellen.

Der Antrag ist unter dem Vorbehalt zur Verfügung stehender Haushaltsmittel zu beschließen.

Frau Lange beantragt die Änderung der Terminstellung auf Ende Dezember 2020, die Herr Walter für den Antragsteller übernimmt.

Frau Dr. Laabs bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein:

„Die DS 19/SVV/0867 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen stadtweiten Baum- **und**

Bodenschadensbericht vorzulegen. Dabei sind die städtischen Bäume, Baumbestände **und die Böden** der städtischen Unternehmen sowie des Kommunalen Immobilien Service zu berücksichtigen. Im Bericht sind ebenfalls die finanziellen Auswirkungen von Verlusten, Neu- bzw. Nachpflanzungen, der Pflege **und (Neu-)Begrünung** aufzuführen.
(...).“

Herr Schenke teilt mit, dass bei Schadbäumen der Boden sowieso als mögliche Ursache mitbetrachtet wird. Nur bei vitalen Bäumen erfolgt diese Bodenbetrachtung nicht.

Frau Dr. Laabs führt aus, dass der Ergänzungsantrag weiter gemeint ist als das, was sowieso gemacht wird. Der Boden soll qualitativ in den Fokus genommen werden.

Herr Walter hält einen Bodenschadensbericht für unpraktikabel und als Aufgabe der Kommune viel zu aufwendig. Das würde jegliche Kapazitäten der Verwaltung sprengen.

Herr Rubelt schlägt vor, zunächst den Baumschadensbericht erstellen zu lassen und dessen Ergebnisse abzuwarten. Falls dann noch Bedarf besteht, könne ein Antrag bezogen auf den Boden eingebracht werden.

Frau Dr. Laabs zieht den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zurück.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **vorbehaltlich der haushälterischen Mittel** einen stadtweiten Baumschadensbericht vorzulegen. Dabei sind nicht nur die städtischen Bäume, sondern auch die Baumbestände der städtischen Unternehmen sowie des Kommunalen Immobilien Service zu berücksichtigen. Im Bericht sind ebenfalls die finanziellen Auswirkungen von Verlusten, Neu- bzw. Nachpflanzungen und der Pflege aufzuführen. Darüber hinaus sollen nach Fällungen aus Sicherheitsgründen zeitnah Nachpflanzungen erfolgen. Der Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung ~~im März~~**Ende Dezember** 2020 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.13 Messstationen zur Erfassung der Luftqualität und Schallemissionen entlang der Nutheschnellstraße

Vorlage: 19/SVV/0906

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

KUM

Frau Dr. Laabs bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Frau Kolesnyk (Bereich Umwelt und Natur) empfiehlt für die Verwaltung, den Antrag abzulehnen. Gemäß der Verordnung zur Regelung der Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes (Immissionsschutzzuständigkeitsverordnung- ImSchZV) liegt die Zuständigkeit im Land Brandenburg für die Messung von Luftschadstoffen und Bestimmung von Schallimmissionen beim Landesamt für Umwelt (LfU). Durch das zuständige Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft erfolgte auf Basis der ermittelten Luftschadstoffe 2015/2016 des LfU die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für die Landeshauptstadt Potsdam. Auf der Basis der Lärmkartierung des LfU erfolgte 2018 eine Überprüfung des Lärmaktionsplanes der Landeshauptstadt Potsdam.

Frau Dr. Laabs weist darauf hin, dass Kommunen eigene Messungen vornehmen können, auch wenn sie nicht zuständig sind. Sie spricht hier für betroffene Anwohner, die einen Bedarf sehen. Sie plädiert für diesen Weg und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Frau Kolesnyk geht auf die Anmerkungen von Frau Dr. Laabs ein und bittet, sich bei Bedarf an das Landesamt für Umwelt zu wenden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 26.6.2019 in der Rechtssache C-723/17 (näheres siehe Begründung dieser Drucksache)

1. zu prüfen, an welchen Stellen entlang der Nutheschnellstraße (L40) Standortmessungen zur dauerhaften und bei Bedarf zusätzlich mobilen Erfassung der Luftgüte (Messung der Schadstoffe Stickoxid, Kohlenmonoxid, Blei, Partikel PM10 und PM 2,5, Schwefeldioxid und Benzol) und
2. an welchen Stellen entlang der L40 Messungen zur Erfassung der Schallemissionen nötig sind.

Das Prüfergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2020 mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	4

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.15 Durchwegung des Quartiers zwischen Kirschallee und Habichtweg

Vorlage: 19/SVV/0912

Einreicher: Fraktion CDU

KUM

Herr Finken bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass eine Erlangung des Wegerechtes für die Wegeverbindung zwischen der Kirschallee und dem Habichtweg an der ursprünglich geplanten Stelle nicht realisierbar ist. Da sich in diesem und auch im weiteren Bereich alle Grundstücke im Privateigentum befinden, ist immer Grunderwerb zur Realisierung eines Weges auch an anderer Stelle notwendig. Möglichkeiten zur Realisierbarkeit einer Wegeverbindung an anderer Stelle wird aus diesem Grund nicht gesehen. Aus den vorgenannten Gründen wurde die Wegeführung entlang der Potsdamer Straße bereits aufgewertet, u.a. die Ausweisung eines gegenläufigen Radweges vom Habichtweg bis zum Schulplatz. Der Antrag ist aus Sicht der Verwaltung bereits durch Verwaltungshandeln erledigt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und ggf. wie ein Ersatz für die offensichtlich nicht realisierbare geplante Durchwegung zwischen Kirschallee und Habichtweg geschaffen werden kann.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität sind bis Januar 2021 die Möglichkeiten vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.16 Fußweg entlang der Straße Viereckremise

Vorlage: 19/SVV/0913

Einreicher: Fraktion CDU

KUM

Herr Finken bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) schlägt die Umwandlung in einen Prüfauftrag vor.

Herr Finken stimmt diesem Änderungsvorschlag für den Antragsteller zu.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **zu prüfen, wie** entlang der Straße Viereckremise auf der Nordseite zwischen der B2 und der Straße am Golfplatz, ~~so weit der B-Plan dies zulässt, einen befestigten Fußweg herzustellen~~**hergestellt werden kann.**

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist ~~bis Dezember 2019~~**im 1. Quartal 2020** zu berichten, bis wann die Maßnahme umgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.17 Ampelschaltung entlang der Nedlitzer Straße
Vorlage: 19/SVV/0915
Einreicher: Fraktion CDU
KUM

Herr Finken bringt den Antrag ein.

Herr Becker (Bereich Verkehr und Technik) berichtet, dass durch Hinweise von Bürgern und Verkehrsbeobachtungen vor Ort durch die Verwaltung die relativ langen Wartezeiten für den Querverkehr und auch die Behinderungen im Kfz-Verkehr auf der B2 festgestellt wurden. Aus diesem Grund erfolgten bereits Prüfungen in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsbetrieb zur Verbesserung der Situation. Es konnten geringfügige Verbesserungen erreicht werden.

Eine weitere Erhöhung des Kfz-Verkehrsflusses auf der Nedlitzer Straße zwischen Georg-Hermann-Allee und Straße „Zum Exerzierhaus“ sowie eine Reduzierung der Fußgängerwartezeit über die Gleistrasse wäre nur mit einer deutlichen Einschränkung der Straßenbahnbevorrechtigung in diesem Abschnitt möglich. Eine Verbesserung für die Fußgänger ginge nur zu Ungunsten des Kfz-Verkehres.

Herr Kuppert begrüßt eine Verbesserung des Fußverkehrs zu Ungunsten des Kfz-Verkehrs. Er bittet um getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 des Antrags.

Frau Dr. Laabs stellt den Änderungsantrag, im ersten Punkt des Antrages das Wort „Kfz-Verkehr“ durch „Fuß-Verkehr“ zur ersetzen.

Herr Rubelt stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag für durch

Verwaltungshandelt erledigt zu erklären.

Für den Geschäftsordnungsantrag spricht Herr Adler. Dagegen Frau Dr. Laabs.

Abstimmungsergebnis: mit 6:2:1 angenommen.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag für durch Verwaltungshandeln erledigt zur erklären.

zu 3.18 Tempo 30 auf der Karl-Liebknecht-Straße in Babelsberg

Vorlage: 19/SVV/0922

Einreicher: Fraktion der Freien Demokraten

KUM

Der Tagesordnungspunkt wird auf Bitte des Antragsstellers zurückgestellt. Wiedervorlage im Oktober 2019 (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 BE zur MV "Kinderarbeitsfreie Grabsteine"

DS 19/SVV/0880 (Nachfrage aus der StVV 11.9.2019 zur Vereinbarung zwischen Steinmetzen und der LHP)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Bereich Grün- und Verkehrsflächen) gibt an, dass zur Einhaltung der Empfehlung aus dem Brandenburgischen Bestattungsgesetz folgende Erklärung für den Abschluss im Grabmalantrag gefordert wird:

„Mit meiner Unterschrift auf dem Grabmalantrag erkläre und bestätige ich als Dienstleistungserbringer/in, dass für die Erstellung und Fertigung von Grabdenkmälern und sonstiger baulichen Anlagen keine Kinderarbeit in Anspruch genommen wurde.“

Der Leistungserbringer, in dem Fall der vom Grabstättennutzer beauftragte Steinmetz, erklärt mit seiner Unterschrift die strikte Einhaltung dieser Erklärung. Eine zusätzliche Änderung der Friedhofssatzung mit Aufnahme der Erklärung zu den kinderarbeitsfreien Grabsteinen sei nicht notwendig.

Herr Walter erkundigt sich, ob die Vereinbarung zwischen den Steinmetzen und der Landeshauptstadt Potsdam kontrolliert wird.

Herr Schenke informiert, dass dies noch nicht der Fall ist. Stichprobenprüfungen werden durchgeführt werden. Sollte diese Maßnahme allein nicht ausreichen, ist eine Novellierung der Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Potsdam (Friedhofssatzung) vorzunehmen.

zu 5

Sonstiges

Herr Kuppert hat zwei Nachfragen zu offenen Berichterstattungen:

- 1) Berichterstattung zur Prüfung Tempo 30 Potsdamer Straße (DS 18/SVV/0960)

In dieser Angelegenheit wurde im ehemaligen Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) am 2.5.2019 berichtet, dass für die geforderte Prüfung ein umfassendes Prüf- und Anhörungsverfahren unter Beteiligung verschiedener Fachbereiche der Stadtverwaltung Potsdam und dem Polizeipräsidium Potsdam zwingend erforderlich ist. Die Datenerfassung hierzu benötigt einen längeren Erhebungszeitraum und muss, um repräsentative Ergebnisse zu liefern, möglichst frei von Störungen sein.

Die Stadtverordnetenversammlung kann voraussichtlich im August 2019 informiert werden.

Die Verwaltung informiert im Nachgang zur Sitzung, dass zu o.g. Drucksache eine Mitteilungsvorlage voraussichtlich für die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung vorgesehen ist.

- 2) Poller Gutenbergstraße

Auch hier sollte eine Berichterstattung erfolgen.

Herr Rubelt gibt an, dass eine Berichterstattung noch in diesem Jahr im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität erfolgen wird.

Herr Adler erkundigt sich bezüglich einer Berichterstattung im Ortsbeirat Fahrland zur Busverbindung Fahrland – Priort, die für die gestrige Ortbeiratssitzung erbeten war und nicht vorgenommen wurde.

Herr Rubelt gibt an, dass sich der Sachstand zur letzten Stadtverordnetenversammlung vom 11.9.2019 nicht geändert habe.

Frau Lange erkundigt sich, ob ein Testlauf im laufenden Fahrplan möglich ist und nicht erst mit dem nächsten Fahrplanwechsel.

Die Verwaltung gibt an, dass dies durch die Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH zu prüfen sei und die Verwaltung selbst dazu keine Aussage treffen kann.

Im Nachgang zur Sitzung wird durch die Verwaltung mitgeteilt, dass die Stellungnahme zum Beschluss des Ortsbeirates Fahrland DS 19/SVV/0782 vorliegt. Sie wurde am 25.9.2019 an das Büro der Stadtverordnetenversammlung zur Weiterleitung an den Ortsbeirat gegeben und sollte diesem zwischenzeitlich vorliegen. (Anm. der Protokollantin)

Herr Lange beantragt Rederecht für Herrn Wietschel vom Beirat für Menschen mit Behinderung.

Das Rederecht wird einstimmig gewährt.

Herr Wietschel (Beirat für Menschen mit Behinderung) hat zwei Anliegen:

1) Gefährdung/ Umweltbelastung durch E-Roller

Abgestellte E-Roller stellen eine zunehmende Gefahr für Menschen mit Behinderung dar. Beispielsweise für Menschen mit Sehbehinderung. Zudem sei die Lebensdauer der E-Roller geringer als gedacht. Diese werden damit auch zunehmend ein Entsorgungsproblem darstellen. Er bittet beide Problematiken als grundsätzliche Debatten aufzunehmen.

Herr Rubelt schlägt vor, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität den Umgang der Verwaltung mit dem Thema E-Roller im Ausschuss vorzustellen.

2) Mitnahme von E-Scootern im Öffentlichen Personennahverkehr

Herr Wietschel berichtet von wiederholten Vorfällen, wo Nutzern von (vierrädrigen) E-Scootern die Mitnahme im Bus verweigert wurde. Er bittet um eine entsprechende Richtlinie, die die Mitnahme verpflichtend regelt.

Herr Finken verweist auf die Kleine Anfrage „Mitnahme von E-Scootern in den Fahrzeugen der VIP“ (DS 19/SVV/0908) die sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Herr Rubelt bittet, solche Einzelfälle stets an die Verwaltung zu melden, um sie an die Verantwortlichen weiterleiten zu können.

Frau Dr. Laabs bittet ihren Hund zu den Ausschusssitzungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität mitbringen zu dürfen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Hausordnung dies eigentlich nicht zulässt.

Der Vorsitzende nimmt die Bitte mit, um nach einer geeigneten Lösung zu suchen.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift